**PRESSEMITTEILUNG**

10.08.2022

**Scheerer zu Christoph 41: Wir brauchen mehr Transparenz und müssen die Leute mitnehmen**

**Die Landesregierung will die Verlegung des Rettungshubschraubers Christoph 41 nach Tübingen oder Reutlingen nach den Sommerferien entscheiden. Aus Sicht von Hans Dieter Scheerer, FDP-Abgeordneter im Wahlkreis Leonberg/Herrenberg/Weil der Stadt, wäre eine solch rasche Entscheidung unverantwortlich, sprechen doch zahlreiche Argumente gegen die Verlegung und der Protest der Blaulichtorganisationen in Leonberg bleibt ungebrochen groß. Um den politischen Druck für einen Verbleib des Rettungshubschraubers zu erhöhen, hatte Scheerer noch vor der Sommerpause des Landtags ein Gespräch mit Staatssekretär Winfried Klenk, der im Innenministerium für die Causa Christoph 41 verantwortlich ist, gesucht. Das Gespräch sei gut verlaufen, die Zukunft von Christoph 41 bleibt aber ungewiss.**

„Ich bin Herr Staatssekretär Klenk dankbar für den fachlichen Austausch“, erklärt Scheerer. „Ich habe aktiv das Gespräch mit ihm gesucht, um der übereilten Entscheidung der Standortverlegung entgegenzuwirken und Herrn Klenk nochmal alle Argumente, die gegen einen Abzug von Christoph 41 aus Leonberg sprechen, darzulegen. Ebenso hat er mir seine Argumente für eine Verlegung nochmals aufgezeigt. Ich bleibe aber bei meiner Einschätzung, dass das Gutachten zur Neustrukturierung der Luftrettung, auf dem sich das Ministerium stützt, große Lücken hat und es dadurch zahlreiche Argumente gegen eine Verlegung gibt. Viele Aspekte werden darin nicht ausreichend berücksichtigt.“

Und diese Argumente sind laut Scheerer schlagkräftig. So basiere das Gutachten auf völlig untypischen Daten aus dem Jahr 2018. Außerdem würden das Verhältnis von Notfall- und Verlegungsflügen, die Verkehrslage mit essentiell wichtigen Verkehrsknotenpunkten in der Region Böblingen/Stuttgart, die Wetterbedingungen und die demographische Entwicklung nicht ausreichend im Gutachten berücksichtigt. „Was ich der Landesregierung hier vorwerfe ist fehlende Kommunikation und Transparenz. Die Bürger und Bürgerinnen in den betroffenen Regionen wurden nie über die Hintergründe der Entscheidung zur Standortverlegung informiert. So nimmt man die Leute bei politischen Entscheidungen nicht mit und schafft Verdrossenheit“, kritisiert Scheerer.

„Über der ganzen Diskussion – und das möchte ich hier explizit festhalten - steht das übergeordnete Ziel, dass die bestmögliche gesundheitliche Versorgung Baden-Württembergs aus der Luft erreicht wird. Es gibt dafür aus meiner Sicht aber andere Lösungen als die Verlegung von Christoph 41, die außerdem weit wirtschaftlicher sind. Die bisher geplanten Verlegungen der Rettungshubschrauber in Leonberg und Friedrichshafen würden bspw. rund doppelt so viel kosten, wie die Schaffung einer neuen Luftrettungsstation, die dann in Tübingen sein könnte und die Region der Schwäbischen Alb besser abdeckt“, erläutert Scheerer. „Nicht zuletzt muss aber das aktuelle Gutachten nachgebessert oder eine zweite Meinung eingeholt werden. In seiner jetzigen Fassung bezieht es nur pauschal zukünftige Entwicklungen zu Patientenzahlen und zur Verkehrslage mit ein und darf deshalb keinesfalls die einzige Grundlage für eine solch weitreichende Entscheidung sein. Ich bin gespannt, was die nächsten Schritte der Landesregierung sein werden, sprechen sich nun doch auch die Grünen und die CDU im Leonberger Gemeinderat für einen Verbleib von Christoph 41 aus und der Gemeinderat in Wannweil hat einem möglichen Standort eine Absage erteilt. Wir werden sehen wie sich die Situation weiterentwickelt, auch mit Blick auf mögliche planungsrechtliche Aspekte und Verzögerungen. Ich werde den Prozess konstruktiv als Abgeordneter begleiten.“